



Die Open Arms gegen Salvini - massive Drohungen gegen die Staatsanwält*innen

Palermo, den 09.10.2024

Im August 2019 hinderte der damalige italienische Innenminister Matteo Salvini das Rettungsschiff der spanischen NGO Open Arms daran, in italienische Hoheitsgewässer einzufahren und die von ihr 163 geretteten Migranten an Land zu bringen. Salvini berief sich dabei auf das sogenannte „Sicherheitsdekret bis“, das ihm die Befugnis gab, Schiffe abzuweisen, wenn die nationale Sicherheit gefährdet sei. Die Open Arms musste 21 Tage auf See bleiben, darunter sieben Tage vor Lampedusa. Trotz eines Gerichtsbeschlusses, der das Einfahrtsverbot aufhob, verzögerte Salvini die Ausschiffung. Schließlich war es der Staatsanwalt von Agrigento, Luigi Patronaggio, der die sofortige Ausschiffung der Personen an Bord anordnete. Sein Eingreifen erfolgte am Ende eines Vormittags, an dem 12 Menschen sich ins Meer gesprungen waren und versucht hatten, zur Küste zu schwimmen”.¹

Was bisher geschah – ein chronologischer Überblick

August 2019

Die Open Arms rettet in drei Einsätzen 163 Menschen. Trotz der Notlage auf dem überfüllten Rettungsschiff verweigert der damalige Innenminister Matteo Salvini die Einfahrt in italienisches Hoheitsgebiet.

Juli 2020

Der italienische Senat stimmt der Eröffnung eines Verfahrens gegen Salvini zu. In der Zwischenzeit hat sich die politische Landschaft verändert: Salvini ist in der Opposition und die Regierung Conte II hebt einige Bestimmungen des zuvor von Salvini eingeführten Sicherheitsdekrets auf.

¹https://www.borderline-europe.de/sites/default/files/projekte_files/2021_04_17_PE_b-e_Open%20Arms.pdf

Das Schicksal des Schiffes wurde auch zu einer innenpolitischen Angelegenheit innerhalb der Regierung Conte. Conte schrieb noch während das Schiff im Mittelmeer lag einen offenen Brief an Salvini, in dem er dessen Umgang mit dem Fall kritisierte und darauf hinwies, dass sich mehrere europäische Länder – darunter Frankreich, Deutschland und Spanien – bereit erklärt hätten, die geretteten Migranten aufzunehmen.²

Die Anwälte von Open Arms legten daraufhin sowohl beim Jugendgericht von Palermo (es befanden sich 32 Minderjährige an Bord, 28 davon unbegleitet) als auch beim Verwaltungsgericht der Region Latium Beschwerde ein.

Der Prozess gegen den ehemaligen Innenminister Salvini hat weit mehr Bedeutung als nur die Entscheidung darüber, ob er im Sinne der Anklage schuldig gesprochen wird. Er ist auch ein Signal für den Zustand der italienischen Institutionen. Denn schon in anderen Fällen konnte man in Italien beobachten, wie die Gewaltenteilung, ein Grundpfeiler jeder Demokratie, immer mehr in Gefahr geriet.

Inzwischen hat sich die Regierung mit Salvini solidarisiert und ist empört darüber „wie ein Minister, der einzig und allein seiner Pflicht nachkommt, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, mit jahrelanger Haft bedroht werden kann“ (Melonis Tweet). Meloni: „Totale Solidarität mit dem Minister!“³

Darüber hinaus versucht die Verteidigung, den Gegenstand des Prozesses zu verzerren, indem sie in Frage stellte, ob die NGO das Boot überhaupt hätte retten dürfen, da es sich ihrer Meinung nach nicht in Seenot befunden habe. Nichtsdestotrotz beantragte die Staatsanwaltschaft im September 2024 sechs der möglichen 15 Jahre Haft.

Die stellvertretende Staatsanwältin Marzia Sabella wies in ihrem Antrag darauf hin, dass „die internationalen Konventionen sehr klar sind“ und dass „der Grenzschutz nicht betrachtet werden kann, ohne den Schutz des menschlichen Lebens auf See zu berücksichtigen. Deshalb müssen Migrant*innen sofort gerettet und in einen sicheren Hafen gebracht werden“. Diese Aspekte des „Sicherheitsdekrets“ waren von Anfang an umstritten: Die Seenotrettung und das Recht auf Asyl sind in zahlreichen internationalen Abkommen geregelt, die nicht durch ein nationales Gesetz wie das „Sicherheitsdekret bis“ ersetzt werden können. Dabei handelte es sich im Übrigen um eine sehr allgemeine Regelung, die dem Innenminister - also Salvini selbst - die Befugnis gab, jedem Schiff, das im Verdacht stand, gegen

April 2021

Beginn des Prozesses gegen Salvini, Anklagepunkte: Freiheitsberaubung und Machtmissbrauch. Ihm wird vorgeworfen, geretteten Flüchtlingen rechtswidrig die Ausschiffung verweigert zu haben. Salvini verteidigt sein Vorgehen als „Schutz Italiens“.

Mai 2022 - Januar 2023

Zeugen, darunter Ex-Premier Conte und Ex-Innenministerin Lamorgese, sagen aus. Conte habe Salvini gedrängt, die Minderjährigen an Land zu bringen. Lamorgese betont: Die Rettung von Menschen habe immer Vorrang vor dem Grenzschutz.

September 2024

Die Staatsanwaltschaft fordert sechs Jahre Haft für Salvini: „Er hatte die Pflicht, die Migranten an Land gehen zu lassen“.

18. Oktober 2024

Die Verteidigung wird ihr Abschlussplädoyer halten.

Das Urteil sollte bis Ende des Jahres erfolgen.

²<https://www.ilpost.it/2024/09/16/storia-open-arms-accuse-salvini/>

³<https://www.editorialedomani.it/fatti/la-procura-chiede-sei-anni-per-salvini-aveva-lobbigo-di-far-sbarcare-i-migranti-k444tqnd>

italienisches Recht zu verstoßen, den Aufenthalt oder die Durchfahrt in italienischen Hoheitsgewässern zu untersagen.⁴

Meltingpot schreibt in seinem Artikel „Warum Salvini angeklagt werden sollte“: „Es ist offensichtlich, dass die unterlassene Hilfeleistung im Fall von Open Arms angeordnet wurde, wodurch die Legalität illegal und die Illegalität legal gemacht wurde“. Besonders schwerwiegend ist dieses Vergehen bei unbegleiteten Minderjährigen. Denn „unbegleitete ausländische Minderjährige dürfen unter keinen Umständen an der Grenze zurückgewiesen werden“. Es ist klar, dass Matteo Salvini in jenen dramatischen Nächten im Mittelmeer, als Männer, Frauen und Kinder auf dem humanitären Schiff Open Arms ungerechtfertigt den Wellen ausgeliefert waren, gegen das Gesetz verstoßen hat.

Die Anklageschrift stellt klar, dass der Kampf gegen unerlaubte Einreise nichts mit dem Prozess zu tun hat. Salvini hatte zuvor Fragen der nationalen Sicherheit im Zusammenhang mit der unerlaubten



Foto: Open Arms

Einreise angeführt. Im Sommer 2019 entschied er als Innenminister zur Begrenzung der Ausschiffungen, dass jedes Schiff, das Seenotrettung betreibt, damit die Sicherheit des Staates gefährdet. „Aber um diese Regel anzuwenden, braucht man konkrete Gründe, und keine*r der Zeug*innen in diesem Prozess hat das bestätigt“, so die Staatsanwält*innen. „Wir haben es hier mit Menschen in Seenot zu tun, mit Männern, Frauen und Minderjährigen, die leiden und denen ihre Grundrechte verweigert werden. Die Risikoeinschätzung, dass sich unter den nicht identifizierten Schiffbrüchigen Terrorist*innen an Bord der Open Arms befanden, war unbegründet.“

Und vor allem: Gründe für die Einschätzung einer terroristischen Gefahr seien dem Ministerium von der Polizei nicht vorgelegt worden. Zudem wurde daran erinnert, dass „nach internationalen Konventionen auch Straftäter*innen oder mutmaßliche Straftäter*innen bei einer Seenotrettung nicht zurückgelassen werden dürfen: Sie müssen gerettet werden!“⁵

Salvini indes lässt von seiner Verteidigerin mitteilen, dass es gar nicht um ihn als Angeklagten gehe, sondern „eine politische Linie“ verfolgt würde. Er politisiert den Fall, eskaliert, mobilisiert die Anhänger der Lega, veröffentlicht in den sozialen Medien ein Video vor schwarzem Hintergrund, in dem er seine Version vorträgt: „Ich bekenne mich schuldig, Italien, die Italiener und das von mir gegebene Wort verteidigt zu haben“.⁶

Das Video enthält grobe Falschaussagen, wie von zwei Fact-Checking Artikeln bestätigt.⁷

Während des laufenden Prozesses wurden erhebliche Drohungen gegen die beteiligten Staatsanwält*innen ausgesprochen. Diese Drohungen umfassten eine Flut von Hassbotschaften in sozialen Medien sowie Einschüchterungsbriefe. Die Situation eskalierte so weit, dass die

⁴<https://www.editorialedomani.it/fatti/la-procura-chiede-sei-anni-per-salvini-aveva-lobbligo-di-far-sbarcare-i-migranti-k444tqnd>

⁵https://x.com/matteosalvinimi/status/183499571187771339?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E183499571187771339%7Ctwgr%5E45cf482a3893a35a5566284b9f4719548fbb447e%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Fd-13529840721140226064.ampproject.net%2F2408291337000%2Fframe.html

⁶<https://pagellapolitica.it/articoli/fact-checking-video-salvini-processo-open-arms>

⁷[Insulti e minacce ai pm del processo Open Arms, scatta l'allarme sicurezza a Palermo \(palermotoday.it\)](https://insulti-e-minacce-ai-pm-del-processo-open-arms-scatta-l-allarme-sicurezza-a-palermo-palermotoday.it)

Generalstaatsanwältin von Palermo, Lia Saba, das Problem bei den örtlichen Behörden für öffentliche Ordnung und Sicherheit zur Sprache brachte.

Einige dieser Drohungen wurden auch an die Familien der Staatsanwälte gerichtet, was die Sorge um ihre Sicherheit noch verstärkt. Die Behörden untersuchen diese Vorfälle und haben die Sicherheitsvorkehrungen für die mit dem Fall befassten Staatsanwälte verstärkt.⁷

Wird die Justiz unter Druck gesetzt, ist dies weit mehr als ein Eingriff in ihre Arbeitsweise, denn die Demokratie wird auf mehreren Ebenen bedroht:

Unabhängigkeit der Justiz: Eine funktionierende Demokratie basiert auf der Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative. Wenn die Justiz unter Druck von außen steht, insbesondere durch politische Akteur*innen, besteht die Gefahr, dass sie ihre Unabhängigkeit verliert. Dies könnte dazu führen, dass Urteile nicht mehr auf der Grundlage von Gesetzen und Fakten gefällt werden, sondern politisch beeinflusst sind.



Rechtsstaatlichkeit: Ein zentraler Pfeiler der Demokratie ist der Rechtsstaat, der sicherstellt, dass alle Bürger*innen und Institutionen an Gesetze gebunden sind und die gleichen Rechte haben. Wenn die Justiz eingeschüchtert wird oder auf Druck politischer Akteur*innen Urteile fällt, könnte dies die Rechtsstaatlichkeit aushöhlen. Gesetze könnten dann selektiv angewendet werden, um politische Gegner*innen zu bestrafen oder Machtstrukturen zu schützen.

Schutz der Menschenrechte: Eine unabhängige Justiz spielt eine entscheidende Rolle beim Schutz der Grund- und Menschenrechte. Wenn die Justiz nicht mehr frei entscheiden kann, besteht die Gefahr, dass diese Rechte verletzt werden, ohne dass die betroffenen Personen gerecht behandelt oder geschützt werden. Besonders Minderheiten oder politisch unerwünschte Gruppen könnten dann benachteiligt oder unterdrückt werden.

Vertrauen in die Demokratie: Wenn Bürger*innen das Gefühl haben, dass die Justiz nicht unabhängig ist, schwindet das Vertrauen in die demokratischen Institutionen insgesamt. Ein solcher Vertrauensverlust kann zu politischer Instabilität führen, weil die Bevölkerung möglicherweise nicht mehr glaubt, dass das System fair ist. Dies könnte auch extremistische Bewegungen und Populisten stärken, die von solchen Missständen profitieren.

Am 18. Oktober 2024 wird die Verteidigerin Salvinis, Giulia Bongiorno, das Schlussplädoyer halten. Nach dieser Anhörung wird das Gericht in den kommenden Wochen ein Urteil fällen, das weitreichende Folgen für Salvinis politische Karriere haben wird, aber auch zeigen wird, wie Italien mit dieser Art von Anklagen gegen die Menschenrechte und das italienische Recht umgeht.

Aber machen wir uns nichts vor: Salvini und seine Anhänger*innen werden alles dafür tun, den ehemaligen Innenminister als Opfer „linker“ Machenschaften erscheinen zu lassen. Der Angriff auf die Justiz nach der Strafforderung durch die Staatsanwaltschaft macht deutlich, dass wir uns immer weiter auf eine faschistische Auslegung des Rechts zubewegen.